zösischem Boden und mit französischem Blut geführt werden, doch gegen England geht. Im „Vorwärts“ heißt es: Wenn es wahr ist, daß Clemenceau vor der Offensive eine Friedensfrage nach Wien gerichtet hat, und daß ihm von dort im Einverständnis mit Berlin erklärt wurde, nichts hindere den Frieden als der französische Anspruch auf Elsaß-Lothringen, und daß er daraufhin die Verhandlungen abbrach, dann gibt es kein Wort, das stark genug ist, um die Verblendung der französischen Regierungspolitik zu verurteilen.

Der „Lokalanz.“ schreibt, die Rede werde in allen politischen Kreisen Deutschlands den besten Eindruck hinterlassen. Die innere Festigkeit und der frische Mut, mit dem er über die weitere Entwicklung der Kriegslage spricht, wirke hüben und drüben belebend. und man habe hier über die Art und Weise, wie der Graf Herrn Clemenceau und sein famoses Friedensangebot kurz abtut, seine besondere Freude.

Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt, daß es heute doch, nachdem sich Wilson in schroffster Weise gegen die Mittelmächte ausgesprochen, zeitlich und gegenständlich unangebracht sei, wenn Czernin den Standpunkt zur Wilsonschen Rede einnimmt, den einzunehmen Graf Hertling vor länger als einem Monat für taktisch richtig hielt. Die Mitteilung über Clemenceaus Anfrage wegen Verhandlungen hält das Blatt für unvollständig. Es möchte wissen, unter welchen Umständen die Clemenceausche Anfrage erfolgte, ob dies der erste Schritt zu einer derartigen Fühlungnahme zwischen Frankreich oder einer anderen Ententemacht mit Wien war. Die „Tägliche Rundsch.“ endlich bezeichnet die rhetorische Bewunderung Czernins für den Geist und Charakter Wilsons als entweder bitteren Hohn, den man nur sehr schwer verstehen könne. Erfreulich sei die Bestimmtheit, womit Czernin an mehreren Stellen seiner Rede die Selbstverständlichkeit der österreichisch-ungarischen Bündnistreue betont. So dankenswert es ist, daß Czernin seine Stellungnahme in der elsaß-lothringischen Frage restlos in Einklang mit der Berlins gebracht hat, so stark drängt sich doch die Frage auf, ob er damit den ganzen Kreis seiner Bundespflichten für umschrieben hält.

Bevorstehender Rücktritt Czernins?

Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Graf Czernin nach Abschluß des Friedens mit Rumänien aus dem Amte scheiden. Man rechnet stark mit dem Grafen Julius Andrassy als seinem Nachfolger.

Deutschland und Finnland.

Die Landung deutscher Hilfstruppen.

Wir haben bereits gestern unter den Drahtnachrichten die Meldung des deutschen Admiralstabes von der Landung deutscher Hilfstruppen in Finnland veröffentlichen können. Nunmehr wird es den Roten Garden in Finnland, die bisher dort so schrecklich gehaust haben, wohl an den Kragen gehen und man darf hoffen, daß es den Deutschen im Verein mit der finnischen Weißen Garde bald gelingen wird, dem unglücklichen Lande die Ruhe wiederzugeben.

Die erste deutsche Gesandtschaft in Finnland.

Die erste Gesandtschaft des Deutschen Reiches wurde in Finnland mit hohen Ehren empfangen. An der schwedischen Grenze in Haparanda empfing der finnische Konsul die Herren und führte sie in Schlitten auf finnisches Gebiet nach Tornea. Dort war der Distriktskommandant mit seinem Personal am Bahnhofe erschienen und brachte die ersten Grüße dar. Ueberall auf den kleinen Stationen, die an der Strecke liegen, hatte sich die Bevölkerung eingefunden, um die deutsche Gesandtschaft zu begrüßen. In Gamla-Karleby wartete der Bürgermeister mit allen Notabeln der Stadt am Bahnhofe. Der Bürgermeister dankte dem mächtigen Freunde, der Finnland geholfen habe, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Deutschland. Gesandter v. d. Brück erwiderte mit der Betonung herzlicher Freundschaft, die zum Nutzen beider Reiche immer intimer gestaltet werden müsse. In demselben Sinne sprach Konsul Goldbeck-Löwe, ein genauer Kenner des Landes, der als Beirat der Gesandtschaft seine vieljährigen Erfahrungen in den Dienst des Reiches stellt. Um 4 Uhr früh erfolgte die Ankunft in Wasa, wo der Senat trotz der frühen Morgenstunde auf dem Bahnhofe erschienen war.

Ein englisches Klagelied.

Das verlorene Helgoland.

In einem Leitaufsatz des Londoner „Statist“ finden sich folgende Ausführungen: Wenn die englische Flotte nicht alles hat leisten können, was sie wünschte, so ist daran teilweise die Abtretung Helgolands an Deutschland durch England schuld. Sie erfolgte durch die konservative Partei, als Lord Salisbury an der Spitze der Regierung stand, und unter Vorwänden, die sie nie rechtfertigen konnten. Es war so sicher wie irgend etwas, daß Deutschland Helgoland begehrte, um daraus einen großen Flottenstützpunkt zu machen. Das ist geschehen, und dadurch ist die englische Flotte gehindert worden, in der Ostsee ihre Pflicht zu tun. Diejenigen, die an der Abtrennung Helgolands die Schuld tragen, finden es bequem, an dem jetzigen Zusammenbruch Rußlands ihm selber und besonders den Bolschewiki die Schuld zu geben. Wir wollen auch keineswegs die jetzige oder die zaristische Regierung Rußlands weißwaschen. Aber schließlich bleibt es doch Tatsache, daß wir in der Ostsee eine Stellung hatten, die uns dort enorme Vorteile bot, und daß wir sie hergegeben haben für nichts und wieder nichts. Hätten wir Helgoland behalten, so hätten wir nicht nur Deutschland hindern können, die Umgebung von Riga zu besetzen, sondern wir hätten auch Rußland auf tausend Weisen helfen und trösten können. Wie die Dinge liegen, zählen wir, was die russische Ostseeküste betrifft, nicht mit. Rußland war sehr im Nachteil, weil die Dardanellen gegen es verschlossen waren. Aber die Abtretung Helgolands durch uns hat seine nachteilige Lage viel verschlimmert. Viel von dem Unheil, das sich in Rußland ereignet hat, hätte vermieden werden können, wenn unsere Regierungen ihre Pflicht gegen das Land getan hätten. Asquith wäre in der Lage gewesen, die Abtretung Helgolands seinerzeit zu verhindern. Aber er hielt den Mund über Helgoland, und keine Regierung deutet auch nur an, daß man es Deutschland wegnehmen wird, wenn dem Krieg ein Ende gemacht wird. Jetzt würde es, wie wir annehmen, hoffnungslos sein, unsere Flotte in die Ostsee zu schicken.

Das glauben auch wir!

Ein Minister als Fälscher.

Enthüllungen über Lansings Treiben.

Peinlichstes Aufsehen in den Juristenkreisen Amerikas erregten die Enthüllungen des gerichtlichen Verteidigers des zum Tode verurteilten Bolo Pascha in Paris über die Fälschungen in dem amerikanischen Beweismaterial gegen Bolo, das von dem amerikanischen Staatsminister Lansing der französischen Regierung übermittelt wurde. Diese Fälschungen bestanden bekanntlich aus einer Unterschiebung des Namens Bolo Pascha in eine angeblich abgefangene Depesche des damaligen deutschen Staatssekretärs von Jagow an den Grafen Bernstorff in Washington und aus Fälschungen von kleineren Beträgen in dem Scheckbuche des deutschen Kaufmanns Pavenstaedt, der jetzt wegen seiner Beziehungen zu Bolo Pascha in Amerika im Gefängnis liegt. Pavenstaedts Schecks lauteten auf viel kleinere Summen und auf einen anderen Namen, wurden aber, wie der französische Botschafter in Washington nach persönlicher Besichtigung zugeben mußte, von ungenannten Organen Lansings auf Bolos Namen und auf enorme Summen gefälscht. Im Zusammenhang mit dieser für Herrn Lansing so peinlichen Affäre wird in Amerika jetzt daran erinnert, daß ähnliche Fälschungen mit dem von den Engländern geraubten Scheckbuche des deutschen Militärbevollmächtigten v. Papen vorgenommen wurden und daß eine von Herrn Lansing veröffentlichte Faksimilequittung des amerikanischen Kriegsberichterstatters Archibald an den Grafen Bernstorff, auf 4000 Dollar lautend, sich ebenfalls als gefälscht erwies. Die [illegible] Blätter Amerikas erinnern daran, daß Lansings Anklage seines durch Gerard ermittelten Verrates von Roger Casement an die Engländer sich ebenfalls auf angeblich abgefaßte deutsche Depeschen stützte, die sich später als gefälscht erwiesen.

Geflickte Granaten.

Eine sensationelle Verurteilung.

Bei der Erörterung des Daimler-Skandals im Reichstag hat der sozialistische Abg. Noske unter anderem darauf hingewiesen, daß sich eine Anzahl Unternehmer nicht gescheut haben, aus verbrecherischer Gewinnsucht Granaten zu flicken, wodurch die Mannschaft an der Front gefährdet worden sei. Jetzt veröffentlicht die Dortmunder Tagespresse folgende auffällige Notiz: „Das Reichsgericht hat den Betriebsinspektor Seidel von einem Dortmunder Werk wegen versuchten Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre verurteilt. Seidel hatte längere Zeit hindurch Pfuscharbeiten an Granaten — Stauchen von Mundlöchern usw. — vornehmen lassen. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß durch diese Pfuscharbeiten die Granaten minderwertig und die eigenen Truppen gefährdet werden und daß hierdurch der deutschen Kriegsmacht Nachteile zugefügt, die Lage unserer Gegner aber entsprechend günstiger gestaltet werden.“ Aus einer früheren Dortmunder Pressenotiz geht hervor, daß der verurteilte Betriebsingenieur Seidel auf der Dortmunder „Union“ (Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft) in Stellung war.

Kleine politische Meldungen.

Sachsen und Litauen. In einer Unterredung mit dem Vertreter eines Wiener Blattes erklärte Minister Dr. Graf Vitzthum von Eckstädt auf die Frage nach einer etwaigen Verbindung zwischen Sachsen und Litauen: Die Stellung der sächsischen Regierung zur litauischen Frage ist noch dieselbe, wie sie in der Mitteilung der „Sächsischen Staatszeitung“ gekennzeichnet war. Eine engere Verbindung Sachsens und Litauens könne allerdings im Interesse der Politik des Deutschen Reiches liegen, die ja auch als diejenige Sachsens sich darstellt, da Sachsen einer der das Deutsche Reich bildenden Staaten ist. Für das Deutsche Reich können infolge der Befreiung Litauens Aufgaben und Pflichten entstehen, die am besten durch eines seiner Glieder zu lösen sind. Wenn auch in erster Linie die Interessen des Deutschen Reiches in Betracht zu kommen haben werden, so wird doch auch das Interesse des litauischen Staates zu berücksichtigen sein. Ein Zwang wird auf Litauen jedenfalls nicht ausgeübt werden.“

Der Kaiser an die Vaterlandspartei. Dem Landesverein Groß-Berlin der deutschen Vaterlandspartei ist auf seinen Huldigungsgruß an den Kaiser folgende Antwort zugegangen: „Se. Majestät der Kaiser und König lassen für die patriotische Kundgebung aus Anlaß der erfolgreichen Kämpfe an der Westfront herzlich danken. Die herrlichen Waffenerfolge, die glänzende Vorbereitung und Führung und unvergleichliche Kampfesweise unserer Truppen bisher errungen haben, lassen zuversichtlich hoffen, daß auch der weitere zähe Widerstand der Feinde gebrochen werden wird. Der Geheime Kabinettsrat v. Berg.“

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf hat sich nach der Schweiz begeben, um die dort internierten Kolonialdeutschen zu besuchen. Regierungsrat Dr. Sachs, der Leiter der Presseabteilung im Reichskolonialamt, ist aus seinem Amt geschieden und zur Verwaltung der Schutzgebiete übergetreten. Er wird nach Friedensschluß an dem Wiederaufbau unserer Kolonien mitwirken. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Zintgraff, bisher leitender Redakteur der „Deutsch-ostafrikanischen Zeitung“ in Daressalam, ernannt.

Deutschland und die Versorgung der Schweiz. Amtlich wird aus Bern mitgeteilt: Gegenüber der von der Presse verbreiteten, aus Washington stammenden Meldung, nach der Deutschland den für die Schweiz zur Verfügung gestellten holländischen Schiffen freies Geleit bereits abgelehnt hätte, wird festgestellt, daß eine Antwort der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit noch nicht eingetroffen ist. Deutschland hat seit Kriegsbeginn den Grundsatz befolgt, neutrale Schiffe, die ausschließlich für die Schweiz bestimmte Waren führen, frei passieren zu lassen. Es ist mit Rücksicht auf den Stand unserer Getreideversorgung dringend zu hoffen, daß sich auch unter den vorliegenden Umständen, die sich aus der Requisition der holländischen Schiffe ergeben haben, eine Lösung finden lasse, welche die sichere Fahrt dieser Schiffe und damit auch die absolut unentbehrlichen weiteren Zufuhren an Brotgetreide ermöglicht.

Der bulgarische Finanzminister Tontscheff ist in Berlin eingetroffen.

Der deutsche Klub in Newyork geschlossen. „Matin“ meldet aus Newyork: Der Vizepräsident des Newyorker deutschen Klubs Gustav Kuhlenkampff wurde verhaftet und interniert und der Klub geschlossen. Kuhlenkampff wird verdächtigt, die Besprechungen Bolos mit Pavenstädt begünstigt zu haben. Die Besprechungen hätten im deutschen Klub stattgefunden.

Todesfall. Der frühere holländische Minister für auswärtige Angelegenheiten, W. H. de Beaufort, ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Die russische Demobilisation. Hollands Nieuwe Bureau meldet aus Petersburg: Die Regierung hat befohlen, daß die Demobilisierung aller Armeen, die am Kriege gegen Deutschland und Oesterreich beteiligt waren, am 12. April beendet sein muß.

Ein norwegischer Protest in London. Die norwegische Regierung hat die norwegische Gesandtschaft in London beauftragt, gegen die Beschlagnahme des deutschen Schiffes „Valeria“, das 21. März von einem englischen Schiffe in norwegischen Hoheitsgewässern gekapert wurde, Einspruch zu erheben und die Erwartung auszusprechen, daß die englische Regierung die nötigen Schritte unternehmen werde, um Wiederholungen vorzubeugen.

24000 Neger in Amerika ausgehoben. Aus einer Washingtoner Reutermeldung geht hervor, daß sich unter 93 000 Soldaten, die in 47 Staaten ausgehoben worden sind, 24 000 Neger befinden.

Keine japanische Intervention in Sibirien. „Daily Chronicle“ berichtet aus Tokio, daß Graf Terauchi im Oberhause eine Intervention in Sibirien niemals in Erwägung zog. Japan ist nicht so schwach, derartig von den östlichen Bordeinnen Deutschlands erschreckt zu werden. Der „Daily Chronicle“, der sich unter allen englischen Blättern am stärksten für eine japanische Aktion in Sibirien eingesetzt hat, gibt zu, daß dieser Plan nunmehr aufgegeben zu sein scheint.

Von Stadt und Land.

Aue, 4. April.

Dabei sein!

Vor allem in den Jahren vor dem Krieg, als manchem das echte Verständnis für den Wert gediegener Einfachheit und schlichter Lebenshaltung abhanden zu kommen drohte, fehlte es nicht an Leuten — und sie sind wohl auch heute noch da und dort zu finden — die an allerlei Veranstaltungen, luxuriösen Festen, deren ganzer Reiz nur in äußerlichem Gepränge bestand, teilnahmen, nicht weil es sie eigentlich hinzog, sondern nur, damit sie sagen konnten, sie seien auch dabei gewesen. Sie fürchteten sich vor jener bekannten Frage: „Was? Sie sind nicht dabei gewesen?“, jener Frage, der dann die Feststellung folgt: „Dabei hätten Sie unter keinen Umständen fehlen dürfen.“

Wir denken heute über das „Dürfen“ und „Müssen“ einigermaßen anders als vor dem Krieg. Unsere Auffassungen von dem, was man muß, sind im allgemeinen wenigstens geläutert worden. Und hoffentlich geraten sie auch in der Zeit des neuen Friedens nicht wieder in Verwirrung. Denn es ist notwendig, daß sich das deutsche Volk über das, was es muß, im Klaren ist. Der leichtfertigen, törichten Frage von ehedem: „Was? Sie sind nicht dabei gewesen?“ wollen wir den Krieg erklären!

Aber: Bei einem muß jeder dabei sein! Bei der Arbeit für das Vaterland. Wo es nötig ist, muß er stehen und darf nicht wanken! In diesen Tagen gilt vor allem: Wer dazu in der Lage ist, zum Gelingen der achten Kriegsanleihe etwas beizutragen, der muß dabei sein! Und hält er sich fern vom gemeinsamen Werk, so wird ihm die uneifrige Frage mit Recht in den Ohren gellen: „Was? Du bist nicht dabei gewesen?“

Doch, wir dürfen ohne Sorge sein: Wer mit dabei sein kann, wird mit dabei sein!

* * *

Böswillige Gerüchte. Ein Leipziger Blatt schreibt: Wie anderwärts, kursiert gegenwärtig auch in Leipzig und Umgebung das Gerücht, daß vor der jetzigen Offensive im Westen die Gegner einen Damm durchstoßen hätten und in dem überfluteten Kampfgelände ganze Regimenter ertrunken seien. Ueber die Zahl der ertrunkenen Feldgrauen sind phantastische Zahlen im Umlauf. Nach den von der Kriegsamtsstelle Leipzig an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigungen ist das Gerücht völlig unwahr. Jedenfalls werde das Gerücht in der böswilligen Absicht verbreitet, um Beunruhigung in die Bevölkerungen zu tragen. — Aehnliche Gerüchte sind von gewissenlosen Personen auch in Aue verbreitet worden. So wurde hier erzählt, daß im Westen ein ganzes sächsisches Regiment in die Luft gesprengt worden sei und daß deshalb die heimatliche Kaserne des Regiments halbmast geflaggt habe, daß die Engländer uns die französische Stadt Albert wieder entrissen hätten u. dergl. mehr. Den Verbreitern solcher beunruhigenden Gerüchte stopft man am besten dadurch den Mund, daß man sie sofort zur Anzeige bringt, damit sie zur verdienten gerichtlichen Bestrafung gelangen.

Schlechte Friedensaussichten. Vor Antritt seiner neuen Stellung als Oberpräsident in Stettin hielt der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis in dem Harzstädtchen Benneckenstein einen öffentlichen Vortrag. Dr. Michaelis sagte u. a.: „Es würde eine Täuschung sein, wollten wir glauben, wir hätten mit dem Frieden die geordneten Lebensverhältnisse von 1914 wieder. Wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir die Kriegsnot mit in den Frieden nehmen. Wir müssen uns innerlich dazu rüsten, daß wir die Friedensnot ertragen ohne Murren. Die Völker haben sich mit den sozialistischen Waffen bekämpft, und es wird ein Kampf von zwei Parteien sein, die einen Prozeß durch alle Instanzen geführt haben und endlich zum Frieden gezwungen worden sind. Die Bitterkeit im Herzen wird bleiben. Unser Leben wird auch nach dem Kriege noch unter dem Zwange stehen. Schmalhans wird Küchenmeister bleiben. Die Knappheit und Teuerung wird bleiben, nicht nur mit der Ernährung, sondern auch mit den Kleidern und Schuhen. Unsere große Schuldenlast wird uns zu einer staatlichen Zwangsverwaltung der Rohstoffe